

Wirtschaft im Wandel

3/2024

25. September 2024, 30. Jahrgang



Reint Gropp **S. 50**

Deutschland braucht eine klare wirtschaftspolitische Strategie

Steffen Müller **S. 51**

Aktuelle Trends:

Starker Anstieg der Gesetzes-
folgekosten der Wirtschaft

Steffen Müller **S. 61**

Gibt es aktuell eine Insolvenz-
welle in Deutschland?

Filippo Biondi, Sergio Inferrera,

Matthias Mertens, Javier Miranda **S. 52**

Nachlassende Unternehmensdynamik in Europa:
Die Rolle von Schocks und Reaktionsfähigkeit

IWH-News **S. 63**

Meldungen, Veranstaltungen, Publikationen,
Pressemittelungen, Personalien

Christoph Schult **S. 57**

Analyse der Effekte des Atom-
ausstiegs auf die deutschen
Großhandelsstrompreise 2023

Deutschland braucht eine klare wirtschafts- politische Strategie

Reint Gropp, Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle



Die deutsche Wirtschaft steht unter Druck, doch die aktuellen Maßnahmen der Regierung führen kaum zu einer nachhaltigen Erholung. Unternehmen sind mit Unsicherheiten konfrontiert, die Investitionen hemmen – insbesondere hinsichtlich der Energieversorgung und der damit verbundenen Kosten. Viele Betriebe schieben deshalb notwendige Investitionen auf – genau die Investitionen, die das wirtschaftliche Wachstum antreiben könnten.

Wirtschaftswachstum entsteht nur aus besseren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Innovationen, Unternehmertum und Risikofreude fördern. Statt sich aber hierum zu kümmern, steht das Jahr 2024 für weitere gezielte Eingriffe des Staates in die Wirtschaft, insbesondere durch Subventionen und Rettungspakete. Der Staat glaubt offenbar zunehmend, dadurch über das Überleben einzelner Unternehmen entscheiden zu können. Diese „Hybris des Staates“ ist ein Zeichen für einen Mentalitätswandel in der deutschen Wirtschaftspolitik. Die EU hatte lange strenge Beihilferegeln, um genau solche Eingriffe zu verhindern. Nach der Pandemie wurden diese Regeln aufgeweicht – zunächst zu Recht, aber heute wird der Ausnahmezustand zum Normalzustand.


Ein Beispiel für selektive staatliche Eingriffe ist die geplante milliardenschwere Subventionierung von Intel in Magdeburg. Der Staat ist kein guter Unternehmer und kann schwerlich abschätzen, welche Industrien langfristig erfolgreich sein werden – und dies zeigt sich am Beispiel Intels besonders: Im September hat das Unternehmen angekündigt, aufgrund von großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sein Vorhaben in Magdeburg zu verschieben.

Neben fehlenden generellen Impulsen und selektiven Eingriffen ist das Erstarken der AfD, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, ein weiteres zentrales Risiko für die deutsche Wirtschaft. Viele Unternehmer und Verbände hatten vor den jüngsten Land-

tagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen gewarnt. Die Sorge: Ein weiterer Wahlerfolg der AfD könnte die Wirtschaft nachhaltig schädigen, da die AfD auf keine der großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen, wie den Fachkräftemangel aufgrund des demographischen Wandels oder die klimaneutrale Transformation der Wirtschaft, eine Antwort hat. Der Klimawandel wird trotz überwältigender wissenschaftlicher Evidenz rundheraus geleugnet, und alles, was die AfD als „Lösung“ für den Fachkräftemangel anbietet, ist kontraproduktiv. In Deutschland scheiden jährlich rund 400 000 Menschen netto aus dem

Das Jahr 2024 steht für gezielte Eingriffe des Staates in die Wirtschaft, insbesondere durch Subventionen und Rettungspakete.

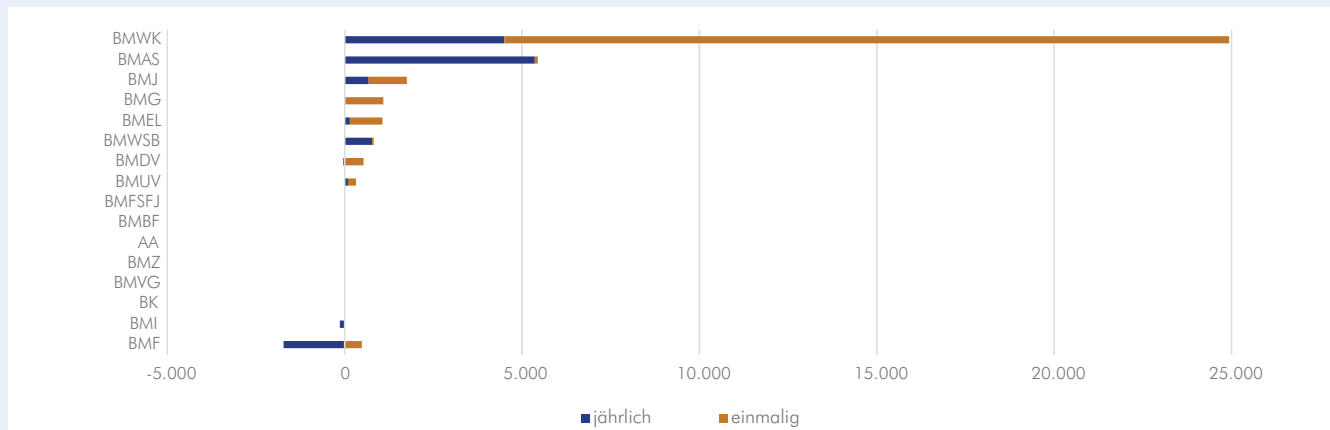
Arbeitsmarkt aus. Der Arbeitskräftemangel ist schon jetzt besonders dramatisch in Ostdeutschland, da nach der Wende disproportional viele Hochqualifizierte, insbesondere junge Frauen, abgewandert sind. Gleichzeitig hat Ostdeutschland in den letzten zehn Jahren deutlich weniger von Einwanderung profitiert als Westdeutschland. Durch die hohen Stimmenanteile der AfD bei den letzten Landtagswahlen ist zu erwarten, dass sowohl internationale, aber auch weltoffene inländische Fachkräfte die östlichen Bundesländer zunehmend meiden werden. Der Fachkräftemangel in Ostdeutschland wird dadurch noch weiter verschärft.

Was Deutschland angesichts dieser Umstände braucht, ist eine strategische und kohärente Wirtschaftspolitik. Der Fokus sollte auf der Förderung von Forschung und Innovation liegen und darauf, die Rahmenbedingungen für alle Unternehmen zu verbessern, zum Beispiel durch das Beschleunigen von Genehmigungsverfahren für alle Unternehmen, nicht nur für Großinvestoren wie Tesla oder Intel. 

Aktuelle Trends: Starker Anstieg der Gesetzesfolgekosten der Wirtschaft

Steffen Müller


Änderung der Gesetzesfolgekosten nach Bundesministerium (nur 20. Legislaturperiode) in Mio. Euro



Anmerkung: Zur Erklärung der Abkürzungen der Bundesministerien vgl. <https://www.protokoll-inland.de/Webs/PI/DE/rang-titulierung/amtliche-reihenfolgen/bundesministerien/bundesministerien.html>

Quelle: Normenkontrollrat (Datenabruf am 1. August 2024).

Steigende Bürokratiekosten werden derzeit oft als ein Grund für die aktuelle wirtschaftliche Schwäche genannt. Allerdings ist der Streit um (zu hohe) Bürokratiekosten nichts Neues. Als Konsequenz daraus wurde der unabhängige Nationale Normenkontrollrat (NKR) bereits 2006 ins Leben gerufen. Der NKR überwacht die Berechnung der Folgekosten der von den Bundesministerien entwickelten Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften. Der so genannte Erfüllungsaufwand soll den Zeitaufwand und die Kosten messen, die eine neue Regelung für die Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung unmittelbar auslöst oder einspart. Bürokratiekosten sind ein Teil davon. Die vom IWH auf Basis der Daten des Normenkontrollrats erstellte Graphik saldiert sowohl die in der aktuellen Legislaturperiode entstandenen einmaligen Zusatzkosten als auch die durch neue Regelungen dauerhaft wegfallenden oder zusätzlich anfallenden Kosten für die Wirtschaft. Die teuersten Regelungen wurden dabei vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK, Grüne) und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS, SPD) eingeführt. Durch das BMWK wurden sowohl einmalige als auch jährlich wiederkehrende Zusatzkosten verursacht. So führte die „Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über mittelfristig wirksame Maßnahmen“ vom August 2022 laut der Daten

des NKR zu einmaligen Zusatzkosten von 5,5 Mrd. Euro. Entscheidende Mehrkosten entstehen jedoch vor allem aus dem „Gesetz zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes und mehrerer Verordnungen zur Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien“ welches 12,5 Mrd. Euro einmalige Kosten und jährliche Kosten von 3,6 Mrd. Euro verursacht. Auf die Bürger entfallen jährlich weitere 5 Mrd. Euro. Das BMAS hat vor allem aufgrund der Anpassung des Mindestlohns im Jahr 2022 einen jährlich anfallenden Erfüllungsaufwand der Wirtschaft von 5,7 Mrd. Euro ausgelöst, der bei einer (geringeren) Mindestlohnanhebung durch die Mindestlohnkommission in Teilen auch ohne BMAS-Intervention entstanden wäre. Kostenreduktionen gehen auf das Konto des Bundesministeriums der Finanzen (BMF, FDP). Insgesamt entlasten neue BMF-Regelungen die Unternehmen um jährlich 1,7 Mrd. Euro, maßgeblich durch das „Wachstumschancengesetz“ vom August 2023. 



Professor Dr. Steffen Müller

Leiter der Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Steffen.Mueller@iwh-halle.de

Nachlassende Unternehmensdynamik in Europa: Die Rolle von Schocks und Reaktionsfähigkeit

Filippo Biondi, Sergio Inferrera, Matthias Mertens, Javier Miranda

Wir untersuchen die Veränderung der Unternehmensdynamik in Europa seit 2000 anhand neuer Daten, die wir für 19 europäische Länder erhoben haben. In allen Ländern dokumentieren wir einen breit angelegten Rückgang der Unternehmensdynamik, der die meisten Wirtschaftszweige und Firmengrößenklassen betrifft. Große und ältere Unternehmen verzeichnen den stärksten Rückgang der Unternehmensdynamik. Gleichzeitig geht der Anteil an Personen, die in jungen Unternehmen arbeiten, zurück. In Übereinstimmung mit Ergebnissen aus den USA reagieren Unternehmen in Europa weniger stark auf Produktivitätsveränderungen als früher („Reaktivität von Firmen“), was einen Teil des Rückgangs der Unternehmensdynamik erklärt. Im Gegensatz zur bisherigen Evidenz für die USA hat sich in Europa jedoch auch die Dynamik von Produktivitätsschocks abgeschwächt, was einen weiteren Teil des Rückgangs der Unternehmensdynamik erklärt. Für das deutsche Verarbeitende Gewerbe berechnen wir, dass der Rückgang der Reaktivität von Firmen ca. 40% des Rückgangs der Unternehmensdynamik erklärt, während die Abschwächung von Produktivitätsschocks 60% des Rückgangs der Unternehmensdynamik erklärt. Diese Prozesse deuten darauf hin, dass Marktfraktionen, wie beispielsweise Firmenmarktmacht in Europa, zu zunehmenden Fehlallokationen führen und dass die Innovationsprozesse sich abgeschwächt haben, woraus eine geringere Umverteilung von Marktanteilen zwischen Firmen resultiert.

JEL-Klassifikation: D24, D43, J21, J23, J42, L11, L25

Schlagerwörter: Arbeitsplatzreallokation, länderübergreifende Daten für Europa, Produktivität, Unternehmensdynamik

Einer der meistdiskutierten makroökonomischen Trends der letzten Jahrzehnte ist der Rückgang der Unternehmensdynamik in den USA. Die Verlangsamung des Prozesses der Gründung, Expansion, Kontraktion und Schließung von Unternehmen ist in den USA mit einer Vielzahl von Messgrößen und Datenquellen dokumentiert worden (Decker et al., 2016¹). Unternehmensdynamiken und die damit verbundene Reallokation von Marktanteilen zwischen Firmen spielen eine entscheidende Rolle für das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum (Decker et al., 2020²) und für die Erholung der Volkswirtschaft nach Rezessionen (Pugsley und Şahin, 2019³). Dennoch sind die wirtschaftlichen Faktoren, die den Rückgang der Unternehmensdynamiken verursachen, nach wie vor Gegenstand anhaltender Diskussionen. Darüber hinaus beschränken sich Analysen der Unternehmensdynamik im Wesentlichen auf die USA, und es mangelt an Evidenz für Europa, mit

Ausnahme weniger länderspezifischer Studien (Bijnens und Konings, 2020;⁴ Citino et al., 2023⁵), da keine vergleichbaren länderübergreifenden Daten vorliegen. In einer kürzlich erschienenen Veröffentlichung bringen wir neue, selbst erhobene europäische Daten in diese Debatte ein (Biondi et al., 2024⁶). Unsere wichtigsten Beiträge sind (i) die Erhebung und Veröffentlichung neuer Daten für 19 europäische Länder zur Unternehmensdynamik, (ii) die Dokumentation eines weit verbreiteten Rückgangs der Unternehmensdynamik in den letzten Jahrzehnten auch in Europa, (iii) die Analyse und Quantifizierung der relativen Bedeutung der mikroökonomischen Triebkräfte, die diesem Rückgang zugrunde liegen, und (iv) die Herleitung eines neuen empirischen Verfahrens, das die Gründe des Rückgangs ermittelt. Für den folgenden Beitrag konzentrieren wir uns auf ausgewählte Ergebnisse unserer Arbeit

1 Decker, R. A.; Haltiwanger, J.; Jarmin, R. S.; Miranda, J.: Where Has All the Skewness Gone? The Decline in High-growth (Young) Firms in the US, in: *European Economic Review*, Vol. 86, July 2016, 4-23.

2 Decker, R. A.; Haltiwanger, J.; Jarmin, R. S.; Miranda, J.: Changing Business Dynamism and Productivity: Shocks Versus Responsiveness, in: *American Economic Review*, Vol. 110 (12), 2020, 3952-3990.

3 Pugsley, B. W.; Şahin, A.: Grown-up Business Cycles, in: *The Review of Financial Studies*, Vol. 32 (3), 2019, 1102-1147.

4 Bijnens, G.; Konings, J.: Declining Business Dynamism in Belgium, in: *Small Business Economics*, Vol. 54 (4), 2020, 1201-1239.

5 Citino, L.; Linarello, A.; Lotti, F.; Petrella, A.; Sette, E.; Di Porto, E.: Creation, Destruction and Reallocation of Jobs in Italian Firms: An Analysis Based on Administrative Data. *Bank of Italy Occasional Paper*, 751, 2023.

6 Biondi, F.; Inferrera, S.; Mertens, M.; Miranda, J.: Declining Business Dynamism in Europe: The Role of Shocks, Market Power, and Technology. *IWH Discussion Paper No. 19/2023*.

und verweisen für eine umfangreichere Analyse auf unseren Fachartikel (*Biondi et al., 2024*).

Unternehmensdynamik in Europa

Die größte Herausforderung für Forscher bei der Analyse der Unternehmensdynamik in Europa ist der Mangel an vergleichbaren Daten auf Unternehmensebene für verschiedene Länder. Um dieses Problem zu adressieren, erheben wir in einer einzigartigen Kooperation mit den statistischen Ämtern und Zentralbanken in Europa neue Daten auf Industrieebene, die auf den repräsentativen Unternehmenserhebungen der amtlichen Statistiken in den einzelnen Ländern basieren (siehe dazu <https://www.comp-net.org/>). Kurz gesagt programmieren wir vereinheitlichte Datenerhebungsprotokolle, die wir in Form von Programmcodes an die einzelnen statistischen Ämter und Zentralbanken senden. Diese Codes berechnen aus den Mikrodaten auf Unternehmensebene einheitliche Maße für Unternehmensdynamiken auf Industrie- und Länderebene unter Berücksichtigung aller länderspezifischen Geheimhaltungs- und Datenschutzrichtlinien. Im Rahmen des CompNet-Projekts wurden ähnliche Erhebungen bereits in der Vergangenheit durchgeführt. Unser Beitrag besteht darin, diese Erhebungen hinsichtlich einheitlicher Merkmale zur Unternehmensdynamik zu erweitern.

Mit dieser neuartigen Datenbank dokumentieren wir eine Reihe neuer Fakten zur Unternehmensdynamik in Europa. Im Folgenden konzentrieren wir uns auf die so genannte "Job Reallocation Rate" oder "Arbeitsplatzreallokationsrate", die eine Aggregatskennzahl für das Arbeitsplatzwachstum und den Arbeitsplatzrückgang ist. Im Grunde genommen misst diese Zahl, wie stark Arbeitsplätze zwischen wachsenden und schrumpfenden Firmen umverteilt werden. Eine hohe wirtschaftliche Dynamik ist dadurch gekennzeichnet, dass diese Arbeitsplatzreallokationsrate besonders hoch ist. Abbildung 1a zeigt die Entwicklung dieser Messgröße in den letzten Jahrzehnten in Europa. Wir dokumentieren einen starken Rückgang in der Arbeitsplatzreallokationsrate in allen 19 untersuchten Ländern, wobei der Rückgang in den osteuropäischen Ländern noch stärker ausfällt. Abbildung 1b zeigt, dass der Beschäftigungsanteil junger Unternehmen (nicht älter als fünf Jahre) gleichzeitig erheblich zurückging, was darauf hindeutet, dass die europäische Wirtschaft eine strukturelle Alterung erfährt. Wir beobachten somit einen weit verbreiteten Rückgang der Unternehmensdynamik anhand verschiedener Maße. In unserem

Forschungspapier dokumentieren wir weitere Fakten, die illustrieren, dass sich dieser Rückgang in der Unternehmensdynamik über nahezu alle Wirtschaftssektoren und Firmengrößenklassen erstreckt. Quantitativ ist dieser Rückgang mit der Evidenz für die USA vergleichbar.

Mechanismen: Reaktivität und Schocks

In Standardmodellen kann ein Rückgang des Tempos der Arbeitsplatzreallokation durch zwei potenzielle Mechanismen erklärt werden: erstens durch einen Rückgang der Streuung von Produktivitätsschocks auf Unternehmensebene und zweitens durch einen Rückgang der Reaktion der Arbeitsnachfrage der Unternehmen auf diese Produktivitätsrealisierungen. Intuitiv: Firmen sollten wachsen, wenn sie einen positiven Produktivitätsschock erfahren, und eine Vielzahl verschiedener firmenspezifischer Produktivitätsschocks sollte dazu führen, dass es eine starke Umverteilung von Arbeitern hin zu Firmen mit positiven Schocks gibt. Ein Rückgang der Streuung von Produktivitätsschocks oder die Reaktion von Firmen auf einen gegebenen Produktivitätsschock reduziert also die Unternehmensdynamik, gemessen anhand der Arbeitsplatzreallokationsrate.

Evidenz für die USA zeigt, dass dort die Streuung der Schocks, die die US-Firmen (und -Betriebe) erfahren haben, im Zeitraum von 1981 bis 2013 zugenommen hat, während die Reaktion der Arbeitsnachfrage der Unternehmen auf Produktivitätsveränderungen insbesondere nach 2000 stark zurückgegangen ist (*Decker et al., 2020*).

Wir untersuchen die gleichen Mechanismen in Europa. Für eine Vielzahl von Ländern finden wir Belege für einen deutlichen Rückgang der Reaktivität der Beschäftigung in den Unternehmen. Verglichen mit den USA ist dieser Rückgang quantitativ ähnlich (Abbildung 10 in *Biondi et al., 2024*). Im Gegensatz zu den USA finden wir jedoch auch einen starken Rückgang in der Streuung der Produktivitätsschocks in Europa (Abbildung 13 in *Biondi et al., 2024*).

Fallbeispiel: Deutsches Verarbeitendes Gewerbe

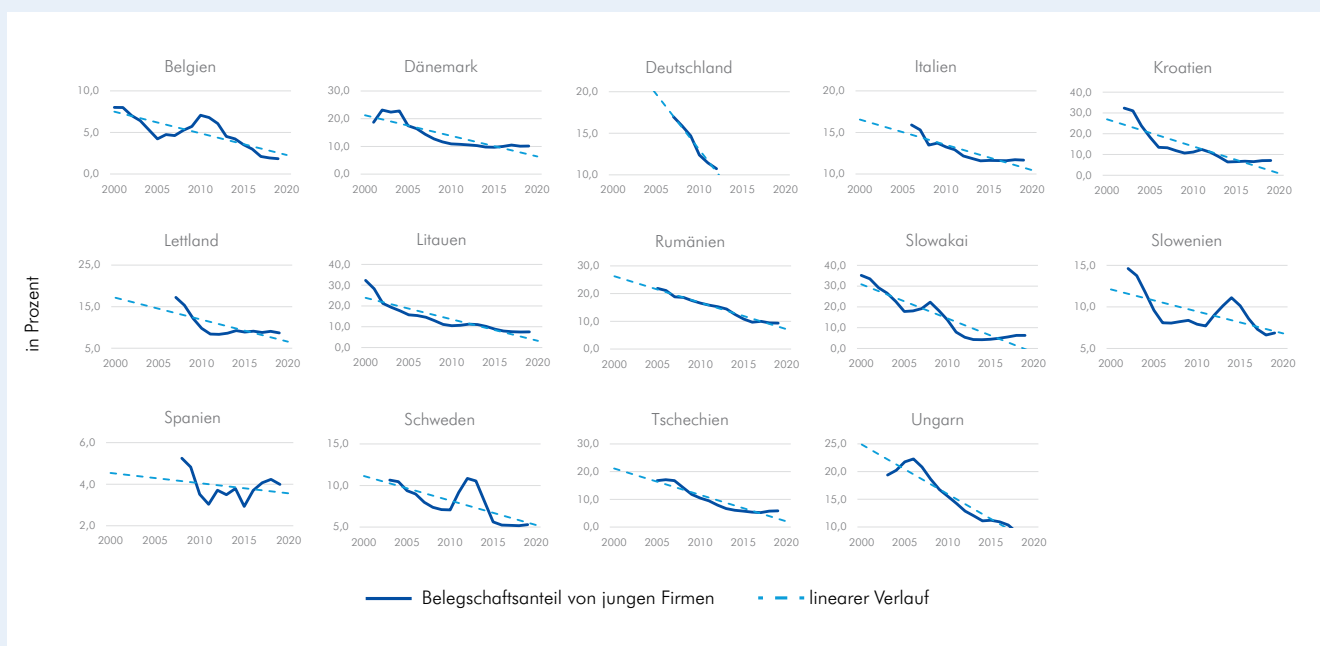
Wie relevant ist der Rückgang der Reaktivität im Vergleich zum Rückgang der Streuung von Produktivitätsschocks, um das Sinken der Unternehmensdynamik zu erklären? Dies haben wir anhand eines Fallbeispiels für das deutsche Verarbeitende Gewerbe berechnet. Auch

Abbildung 1
Indikatoren der Unternehmensdynamik in Europa

(a) Arbeitsplatzreallokationsraten



(b) Anteile der Beschäftigung in jungen Unternehmen

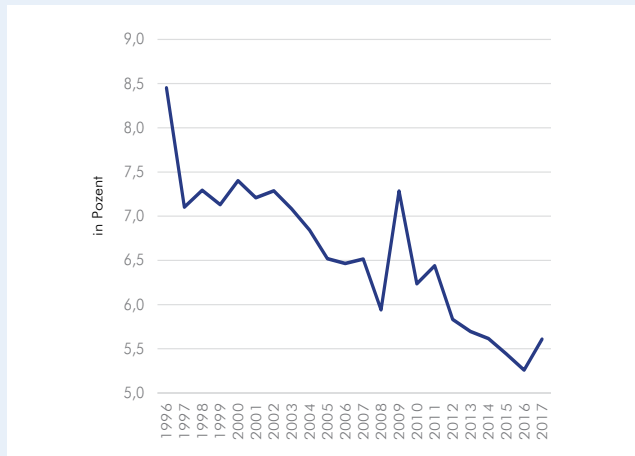


Anmerkung: Wir stellen den gleitenden Drei-Jahres-Durchschnitt für jede Zeitreihe dar. Arbeitsplatzreallokationsraten sind in Abbildung (a) gezeigt. Abbildung (b) zeigt den Anteil von Arbeitern in jungen Firmen an der Gesamtbeschäftigung. Unternehmen werden als jung definiert, wenn sie nicht älter als fünf Jahre sind. Berechnungen der Autoren auf der Grundlage der CompNet-Daten. Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten. Der Erfassungszeitraum ist je nach Land unterschiedlich und reicht von 1997 bis 2019.

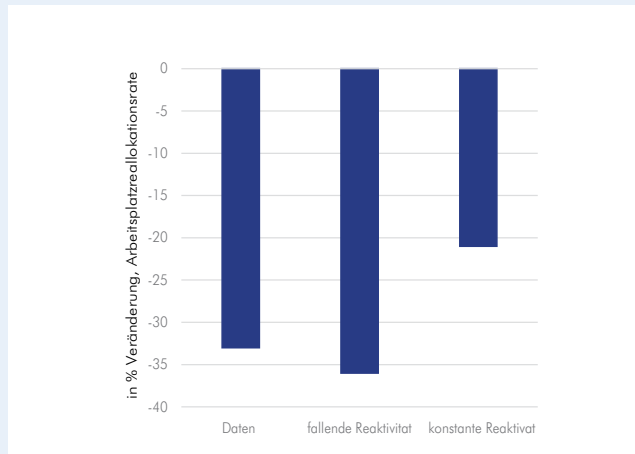
Quellen: CompNet Daten. Berechnungen des IWH.

Abbildung 2
Arbeitsplatzreallokationsrate und die Rolle von Reaktivität und Schocks

(a) Arbeitsplatzreallokationsrate im deutschen Verarbeitenden Gewerbe (VG)



(b) Rolle von Reaktivität und Schocks für das Fallen der Arbeitsplatzreallokationsrate



Anmerkung: Die Arbeitsplatzreallokationsrate im deutschen VG ist in Abbildung (a) gezeigt (gleitende Durchschnitte über drei Jahre). Abbildung (b) zeigt die Veränderung der Arbeitsplatzreallokationsrate in den Daten (1. Balken), die Veränderung der Arbeitsplatzreallokationsrate in unserem Modell, wenn sich die Reaktivität der Firmen wie beobachtet verändert (2. Balken) und die Veränderung der Arbeitsplatzreallokationsrate, wenn die Reaktivität der Firmen auf dem Niveau von 1996 geblieben wäre (3. Balken). Berechnungen der Autoren auf der Grundlage von CompNet-Daten, Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten. Der Erfassungszeitraum ist je nach Land unterschiedlich und reicht von 1997 bis 2019.

Quelle: AFiD-Daten Statistische Ämter des Bundes und der Länder (0.21242/42131.2017.00.03.1.1.0, 10.21242/42221.2018.00.01.1.1.0 und 10.21242/42111.2018.00.01.1.1.0). Berechnungen des IWH.

im deutschen Verarbeitenden Gewerbe ist ein starker Rückgang der Unternehmensdynamik und der Reallokation zwischen Firmen zu verzeichnen (siehe Abbildung 2a für die Arbeitsplatzreallokationsrate). Um die Rolle der Reaktivität und der Abschwächung der


Produktivitätsschocks zu ermitteln, haben wir ein empirisches Modell aufgestellt, das die Veränderung der Belegschaft auf Firmenebene als Funktion von Produktivitätsveränderungen beschreibt. Die Ergebnisse sind in Abbildung 2b dargestellt. Der erste Balken zeigt den empirisch beobachteten prozentualen Rückgang der Unternehmensdynamik um 33% zwischen 1996 und 2017. Der zweite Balken beschreibt den Rückgang der Unternehmensdynamik anhand der geschätzten Werte in unserem empirischen Modell, welcher im Idealfall dem Wert der Daten entsprechen sollte. Der Rückgang um 36% zeigt, dass unser Modell die Realität gut widerspiegelt. Der letzte Balken zeigt den Rückgang der Unternehmensdynamik, wenn die Reaktivität der Firmen auf dem Niveau von 1996 geblieben wäre. In diesem Szenario ist in unserem Modell jede Veränderung in der Unternehmensdynamik auf die Veränderung der Produktivitätsschocks zurückzuführen. Wir finden heraus, dass sich in diesem Fall die Unternehmensdynamik nur um 21% reduziert hätte. Setzt man diese Zahlen ins Verhältnis, zeigt sich, dass 42% des Rückgangs der Arbeitsplatzreallokationsrate auf einen Rückgang der Reaktivität der Firmen zurückzuführen ist. Die restlichen 58% sind ein Resultat sich verändernder Produktivitätsschocks, beispielsweise aufgrund von weniger innovativer Tätigkeit in der breiten Masse von Firmen.

Schlussfolgerungen

Unsere Ergebnisse haben wichtige Implikationen. Der weit verbreitete Rückgang der Arbeitsplatzreallokation in Europa, im Zusammenhang mit den vorhandenen Ergebnissen aus den USA, legt nahe, dass die nachlassende Unternehmensdynamik ein allgemeines Phänomen ist, das in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit teilweise sehr unterschiedlichen Arbeitsmarktinstitutionen auftritt. Im Gegensatz zu den USA zeigen wir jedoch, dass der abnehmende Trend der Arbeitsplatzreallokation in Europa sowohl auf eine gedämpfte Dynamik von Produktivitätsschocks als auch auf eine geringere Reaktivität der Unternehmen auf Produktivitätsschocks zurückzuführen ist.

In weiterführenden Analysen zeigen wir, dass der Rückgang der Reaktivität unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass die Marktmacht der Unternehmen Wachstumsanreize reduziert. Unternehmen mit Marktmacht werden bei positiven und negativen Schocks weniger stark wachsen und schrumpfen, da die Nachfrage nach ihren Produkten (und somit auch die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften)

unelastisch auf Preisschwankungen reagiert (Unternehmen können zum Beispiel steigende Kosten an die Kunden weitergeben, anstatt zu schrumpfen). Unsere Ergebnisse legen also nahe, dass Friktionen, wie die Marktmacht von Unternehmen, die Reallokation von Marktanteilen maßgeblich behindern, was einer effizienten und produktivitätssteigernden Reallokation im Wege steht. Andere Faktoren wie exzessive Subventionen können einen ähnlichen Effekt auf die Reaktivität von Unternehmen haben und somit eine effiziente Allokation von Produktionsfaktoren behindern.

Wir zeigen jedoch, dass im Gegensatz zu den USA auch die Produktivitätsschocks selbst in Europa weniger dynamisch geworden sind. Prozesse, die Unternehmen wachsen und schrumpfen lassen, haben sich in Europa abgeschwächt, was darauf hindeuten könnte, dass die innovative Kraft von Unternehmen in der breiten Masse der Unternehmen nachgelassen hat. Mit wenigen Ausnahmen sehen wir im Vergleich zu früher nun viel seltener, dass junge europäische Unternehmen durch innovative Produkte Marktanteile von älteren, etablierten Unternehmen erobern. Angesichts eines schwächelnden Wirtschaftswachstums und der strukturellen Veränderungen, die Europa, beispielsweise im Kontext steigender Energiepreise, benötigt, ist es entscheidend, dass politische Institutionen den strukturellen Wandel auf inklusive Weise unterstützen. Dies bedeutet auch, dass wir dafür offen sein müssen, produktivitätssteigernde Reallokationen zuzulassen und bestehende Wirtschaftsmodelle zu überdenken und zu ersetzen. 



Dr. Filippo Biondi

Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE)

biondi@dice.hhu.de



Sergio Inferrera

PhD student at Queen Mary University of London

s.inferrera@hss22.qmul.ac.uk



Dr. Matthias Mertens

IWH Research Fellow der Abteilung Strukturwandel und Produktivität, Postdoctoral Associate MIT FutureTech, USA

Matthias.Mertens@iwh-halle.de



Professor Javier Miranda, Ph.D.

Stellvertretender Leiter der Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Javier.Miranda@iwh-halle.de

Analyse der Effekte des Atomausstiegs auf die deutschen Großhandelsstrompreise 2023

Christoph Schult

Seit dem Atomausstieg am 15. April 2023 sind die Großhandelsstrompreise in Deutschland deutlich gesunken. Innerhalb des deutschen Merit-Order-Systems galten Atomkraftwerke als die kostengünstigste Form der Stromerzeugung. Hätten die Atomkraftwerke weiterbetrieben werden können, wären die Großhandelsstrompreise für den Zeitraum vom 16. April 2023 bis zum 31. Dezember 2023 voraussichtlich um 1% bis 8% niedriger gewesen. Insbesondere im Oktober hätte der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke die Großhandelsstrompreise gesenkt, vor allem in Zeiten hoher Stromnachfrage und geringer Verfügbarkeit erneuerbarer Energien.

JEL-Klassifikation: C32, L94, Q41, Q48

Schlagwörter: Atomausstieg, Großhandelsstrompreise, Merit-Order

Deutschland hat am 15. April 2023 seine letzten Atomkraftwerke abgeschaltet. Beschlossen wurde der Atomausstieg von der Bundesregierung schon im Jahr 2002; nach dem Unglück von Fukushima im Jahr 2011 wurde das endgültige Ausstiegsdatum für das Jahr 2022 festgelegt.¹ Aufgrund der durch den russischen Angriffskrieg ausgelösten Erdgaskrise wurde zur Sicherung der Stromversorgung die Laufzeit der letzten drei Atomkraftwerke noch einige Monate verlängert. Im Jahr 2022 waren noch die Atomkraftwerke Emsland A, Isar 2 und Neckarwestheim II in Betrieb. Sie trugen ungefähr 4 GW zu der in Deutschland insgesamt installierten Leistung bei und deckten mit 33 TWh ca. 7% der deutschen Stromnachfrage von insgesamt 480 TWh ab.

Mier hat im Jahr 2022 mit Hilfe eines Strommarktmodells geschätzt, dass eine weitergehende Laufzeitverlängerung die Großhandelsstrompreise im Jahr 2023 um 4% und für das Jahr 2024 um 2% verringert hätte.² Diese Studie geht davon aus, dass eine Laufzeitverlängerung bis zum Jahr 2030 im Vergleich zu einem Szenario ohne Laufzeitverlängerung zu einer Reduktion der Investitionen in erneuerbare Energien führen würde. Nach Egerer et al. (2022) hätte eine Laufzeitverlängerung den Großhandelsstrompreis so-

gar um 5% bis 15% im Jahr 2024 reduziert.³ Beide Studien basieren auf Strommarktmodellen, die den Strompreis durch Kostenminimierung ermitteln. Die unterschiedlichen Ergebnisse lassen sich auf unterschiedliche Annahmen bezüglich des Ausbaus der erneuerbaren Energien, der Stromnachfrage und der Erdgaspreise zurückführen.

Mittlerweile ist die Entwicklung der Gaspreise, der Stromnachfrage und der Verfügbarkeit von Strom aus europäischen Nachbarländern im Jahr 2023 bekannt. Deshalb können die hypothetischen Strompreiseffekte einer Laufzeitverlängerung der letzten drei Atomkraftwerke besser abgeschätzt werden. Im Folgenden wird die Abschätzung für das Jahr 2023 zudem mit Hilfe einer dynamischen Merit-Order-Analyse basierend auf tatsächlichen Strompreisen, Weltmarktpreisen und Erzeugungsverhalten statt mit simulierten Strommarktmodellen und prognostizierten Weltmarktpreisen durchgeführt.

Dynamische Merit-Order-Analyse

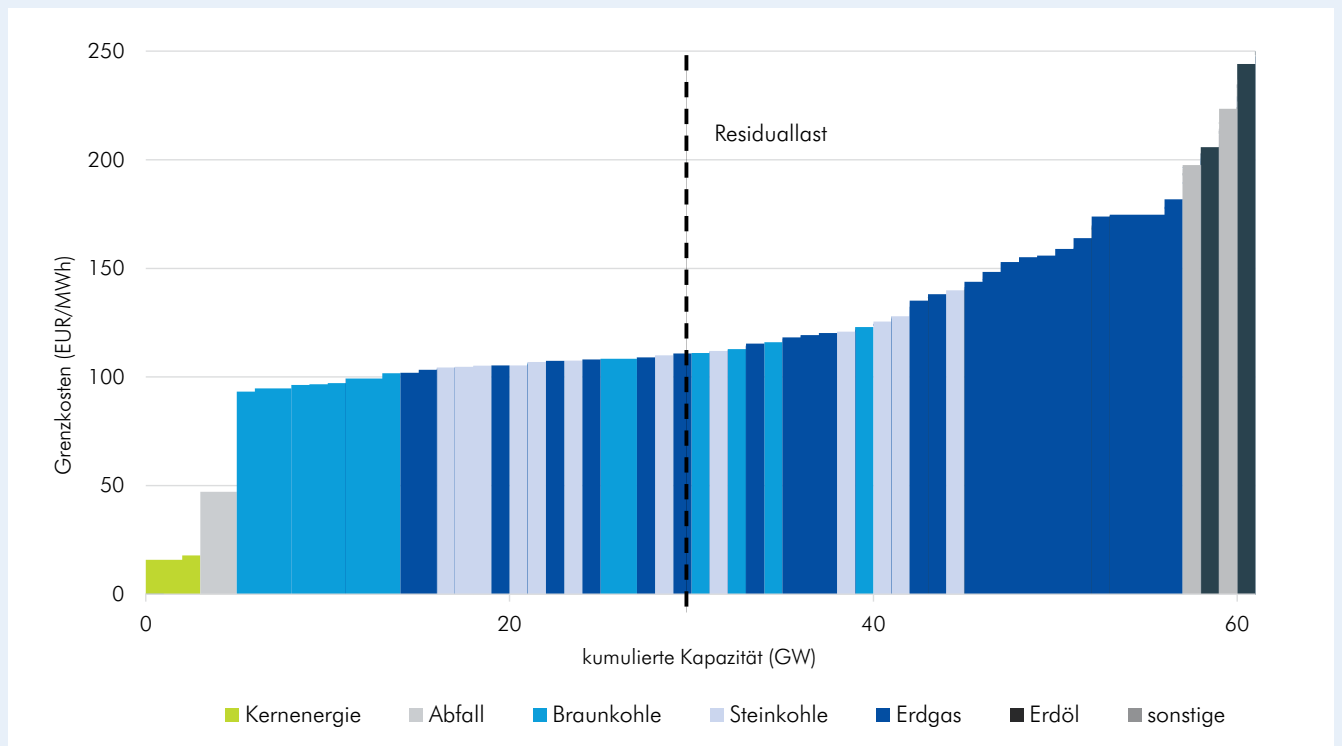
Das Merit-Order-System gewährleistet, dass die Stromnachfrage, die nicht durch erneuerbare Energien gedeckt wird (Residuallast), von Kraftwerken bedient wird, die die niedrigsten Grenzerzeugungskosten haben (vgl. Abbildung 1). In diesem System orientiert

1 Ursprünglich sollte die Laufzeit der Atomkraftwerke bis 2040 verlängert werden. Siehe: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/520059/atomausstieg-deutschland-verabschiedet-sich-endgueltig-von-der-kernkraft/>.

2 Mier, M.: Erdgas- und Strompreise, Gewinne, Laufzeitverlängerungen und das Klima, in: ifo Schnelldienst 9/2022, 75. Jahrgang 14. September 2022, 20-26.

3 Egerer, J.; Grimm, V.; Lang, L. M.; Pfefferer, U.; Sölch, C.: Mobilisierung von Erzeugungskapazitäten auf dem deutschen Strommarkt, in: *Wirtschaftsdienst*, Vol. 102 (11), 2022, 846-854.

Abbildung 1
Merit-Order in Deutschland am 15.04.2023



Quellen: EWI (2024), Statistisches Bundesamt, Fraunhofer ISE, Bundesnetzagentur, Investing.com. Berechnungen des IWH.

sich die Festlegung der Strompreise an den zusätzlichen Kosten, die für die Bereitstellung einer weiteren Erzeugungseinheit anfallen. Diese Grenzkosten variieren je nach Faktoren wie Brennstoffkosten, Effizienz der Anlage, Emissionskosten und anderen variablen Kosten (EWI 2024).⁴

Während die Effizienz des Kraftwerksparks im unterjährigen Verlauf konstant ist, schwanken besonders die Kosten von international gehandelten fossilen Brennstoffen, also Steinkohle, Erdgas und Erdöl, stark mit ihren Weltmarktpreisen. Hinzuzurechnen sind Kosten für den Erwerb von CO₂-Emissionszertifikaten, die im Fall der Braunkohle besonders ins Gewicht fallen.⁵ Das durchschnittliche Steinkohlekraftwerk in Deutschland hat Grenzkosten von ungefähr 130 EUR/MWh, bei Erdgaskraftwerken betragen sie etwa 50 EUR/MWh bei einem Erdgaspreis von 42 EUR/MWh und einem deutschen Emissionszertifikatpreis von 92 EUR/MWh. Die Grenzkosten von Kernkraftwerken sind weniger volatil. Sie hängen wesentlich

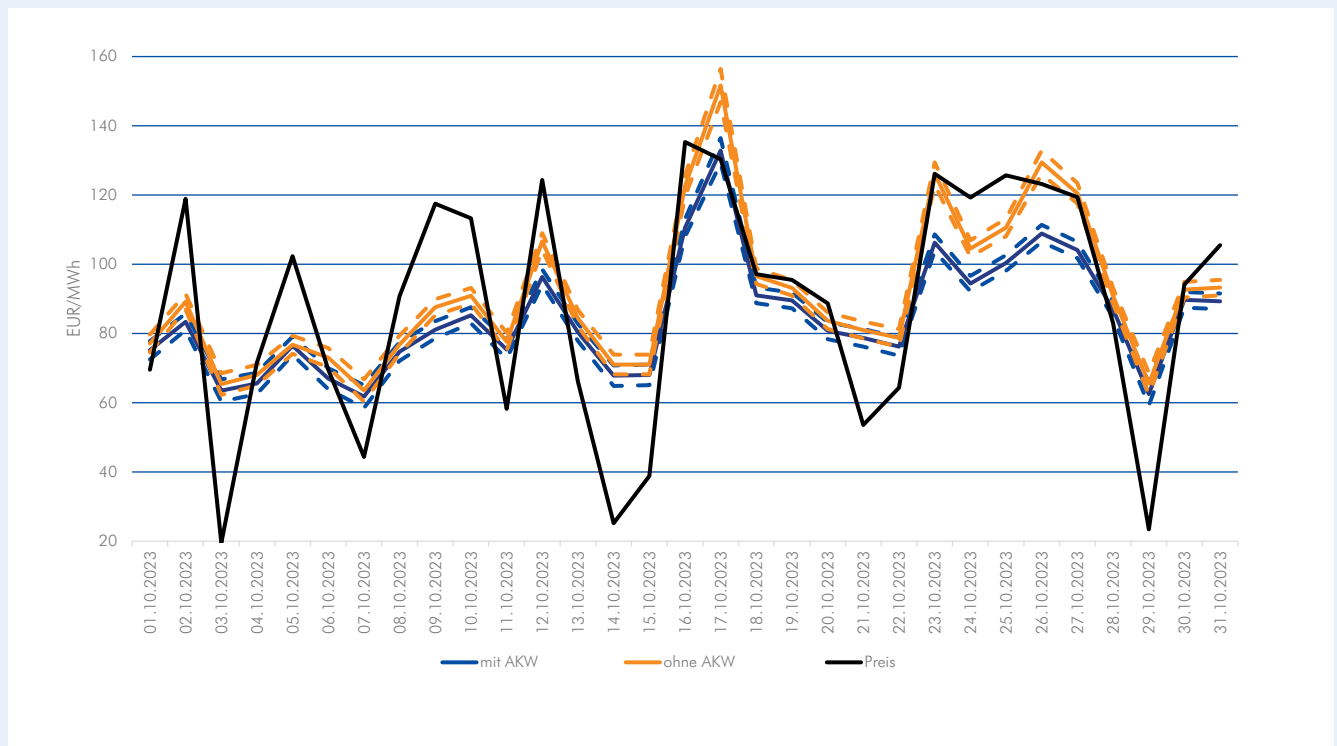
von den Kapitalkosten ab. Da alle Kernkraftwerke im deutschen Merit-Order-System im Jahr 2023 vollständig abgeschrieben waren, fielen sehr geringe Grenzkosten von 15 EUR/MWh an. Schließlich verwenden Braunkohlekraftwerke heimische Braunkohle, deren Förderungskosten nur ungefähr 3 EUR/MWh betragen. Durch die Kosten des Erwerbs von Emissionszertifikaten wegen des hohen CO₂-Ausstoßes steigen die Grenzkosten für Braunkohleverstromung aber auf ca. 100 EUR/MWh.

Am 15.04.2023, dem letzten Tag, an dem noch Kernkraftwerke zur Verfügung standen, betrug die durchschnittliche stündliche Residuallast in Deutschland ungefähr 30 GWh. Laut Merit-Order waren Braunkohlekraftwerke die teuersten Kraftwerke. Deren Grenzkosten entsprachen ungefähr dem beobachteten Großhandelsstrompreis von 105 EUR/MWh. Zur Berechnung der Grenzkosten von Erdgas-, Steinkohle- und Erdölkraftwerken im weiteren Jahresverlauf werden Weltmarktpreise und der deutsche Emissionszertifikatpreis verwendet. Die Berechnung wurde in zwei Szenarien unterteilt: ein Szenario, das auf der heute installierten Kraftwerksleistung basiert (**ohne AKW**), und ein weiteres, das den Weiterbetrieb der drei deutschen Kernkraftwerke berücksichtigt: Neckarwestheim 2, Emsland A und Isar 2 (**mit AKW**).

⁴ Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln (Hrsg.): EWI Merit-Order Tool 2023 – Dokumentation. Abgerufen von <https://www.ewi.uni-koeln.de/de/publikationen/ewi-merit-order-tool-2023/>, 2024.

⁵ Erdölkraftwerke sind die teuersten Kraftwerke und kommen daher nur selten zum Einsatz; sie bedienen im Jahr 2023 nur 1% der Stromnachfrage.

Abbildung 2
Geschätzte Großhandelsstrompreise für das Jahr 2023



Anmerkung: Geschätzte Großhandelsstrompreise für Deutschland für die Szenarien mit und ohne Weiterbetrieb der Atomkraftwerke. Es werden 95% Konfidenzbänder angegeben.

Quellen: EWI (2023, 2024), Statistisches Bundesamt, Fraunhofer ISE, Bundesnetzagentur, Investing.com. Berechnungen des IWH.

Großhandelsstrompreise im Jahr 2023

Im Jahr 2023 lag der durchschnittliche Großhandelsstrompreis in Deutschland bei 95 EUR/MWh. Gemäß der Merit-Order-Analyse beliefen sich die durchschnittlichen Grenzkosten auf 113 EUR/MWh ohne den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke (erstes Szenario) und auf 110 EUR/MWh mit dem Weiterbetrieb der Atomkraftwerke (zweites Szenario). Insbesondere im Oktober hätte ein Weiterbetrieb der Atomkraftwerke die durchschnittlichen Grenzkosten gesenkt. Der Großhandelsstrompreis konnte vermutlich deshalb unterhalb der Grenzkosten liegen, weil aus den europäischen Nachbarländern importierter Strom einen Teil der heimischen Erzeugung verdrängt hat. Es lässt sich ein linearer Zusammenhang zwischen dem Großhandelsstrompreis und den geschätzten Grenzkosten ableiten.

Auf Basis der geschätzten Regressionsgleichung werden dann die Preise in den beiden Szenarien ermittelt. Die Methode zeigt den größten Effekt auf den Börsenstrompreis für einen Weiterbetrieb der Kernkraftwerke im Oktober 2023. Insbesondere in der letzten Oktoberwoche 2023 hätten die Börsenstrom-

preise um ungefähr 20 EUR/MWh niedriger gelegen (vgl. Abbildung 2). An den meisten Tagen im Oktober überlappen sich aber die 90% Konfidenzintervalle der beiden Szenarien. Über das gesamte Jahr 2023 betrachtet wäre der Großhandelsstrompreis mit einem Weiterbetrieb der AKW laut dieser Analyse zwischen 1 EUR/MWh und 7 EUR/MWh geringer ausgefallen (entspricht einer Reduktion von 1% bis 8%).


Fazit

Im europäischen Vergleich lagen die deutschen Großhandelspreise für Strom 2023 mit 95 EUR/MWh zwischen denen von Italien (123 bis 237 EUR/MWh) und Schweden (44 bis 51 EUR/MWh). Der Großhandelsstrompreis in Frankreich und Deutschland betrug 2022 jeweils 275 EUR/MWh und 235 EUR/MWh und sank bis 2023 auf 95 EUR/MWh. Somit lag der deutsche Großhandelsstrompreis unter den Preisen von acht der zwölf EU-Länder, die Atomkraftwerke betreiben.

Der Preisrückgang ist hauptsächlich auf die gesunkenen Erdgaspreise zurückzuführen, die von 124 EUR/MWh im Jahr 2022 auf 41 EUR/MWh im Jahr 2023 fie-

len. Schätzungen zufolge hätte der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke den Strompreisverfall um zusätzliche 1 bis 7 EUR/MWh verstärken können. Besonders im Oktober 2023 hätte dies zu einer weiteren Senkung der Großhandelsstrompreise beigetragen. Die vorliegende Analyse berücksichtigt jedoch nicht die expliziten Kosten einer Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken. Laut der Internationalen Energieagentur würden sich die Grenzkosten bei gleichbleibender Auslastung der Atomkraftwerke verdoppeln, jedoch weiterhin die kostengünstigste konventionelle Erzeugungskapazität darstellen. Die Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke hatte insgesamt nur geringe Auswirkungen auf den Strompreis, was auf den geringen Anteil der installierten Leistung an der Gesamtleistung zurückzuführen ist.

Die aktuellen Strompreise werden hauptsächlich durch die Entscheidungen zum Atomausstieg in den Jahren 2002 und 2011 beeinflusst, welche zur Stilllegung von Kraftwerkskapazitäten führten, die etwa der heutigen installierten Kapazität von Steinkohlekraftwerken entsprechen. Wäre diese Kernkraftwerkskapazität noch in Betrieb, wäre die derzeitige Stromerzeugung nahezu vollständig dekarbonisiert, vorausgesetzt, die heutige installierte Leistung erneuerbarer Energien bliebe unverändert.

Für die ökonomische Beurteilung des Atomausstiegs ist der Strompreis nur dann ein valides Kriterium, wenn er alle möglichen negativen Auswirkungen auf die deutsche Volkswirtschaft berücksichtigt. Wesentlich sind hierbei die Endlagerung des Atommülls und die Sicherheit des Betriebs der Kernkraftwerke. Nur wenn ein Weiterbetrieb der Atomkraftwerke keine direkte Auswirkung auf die Endlagersuche hat, wäre diese negative Externalität irrelevant. Das Risiko eines atomaren Zwischenfalls in Deutschland wurde durch die Abschaltung stark reduziert, aber nicht vollständig eliminiert, da Deutschland weiterhin Atomstrom aus Nachbarländern importiert. Zwischenfälle in diesen Ländern könnten ebenfalls negative Auswirkungen auf Deutschland haben. 



Dr. Christoph Schult

Abteilung Makroökonomik

Christoph.Schult@iwh-halle.de

Interview: Gibt es aktuell eine Insolvenzwelle in Deutschland?

Steffen Müller, Leiter der Abteilung Strukturwandel und Produktivität



In den letzten Wochen gab es zahlreiche Medienberichte zu Insolvenzen in Deutschland, darunter einige bekannte Namen. Befinden wir uns in einer Insolvenzwelle? Dazu sprechen wir mit dem Insolvenz-Experten Professor Dr. Steffen Müller vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).

Herr Professor Müller, erleben wir derzeit eine Insolvenzwelle in Deutschland?

Steffen Müller: Wir erleben derzeit ein spürbar höheres Insolvenzgeschehen, aber ich würde noch nicht von einer Insolvenzwelle sprechen. Die Zahl der insolventen Personen- und Kapitalgesellschaften liegt im ersten Halbjahr etwa ein Drittel über dem Niveau von 2023 und etwa ein Viertel über dem Niveau der Jahre vor der Pandemie. Allerdings muss man auch sagen, dass die Insolvenzzahlen vor 20 Jahren schon einmal deutlich höher lagen. Wir können also derzeit nicht von einer Insolvenzwelle sprechen.

Und dennoch wirkt es derzeit so, als wäre das Thema Insolvenzen prominenter auf der Tagesordnung.

Ja. Das liegt sicherlich einerseits daran, dass es einige Großinsolvenzen bekannter Unternehmen gab, mit denen man auch als Endverbraucher im Kontakt stand. Denken Sie an den Reiseveranstalter FTI, den Modehändler Esprit, den Weltbild-Verlag und das Unternehmen Jokers. Auch der größte Insolvenzfall der Vergangenheit, das Unternehmen Galeria Kaufhof, das zum wiederholten Male in die Insolvenz ging und nun erneut gerettet wurde, ist vielen Menschen bekannt. Der Anstieg bei den Großinsolvenzen ist nicht nur „gefühl“. Im ersten Halbjahr waren etwa 100 000 Beschäftigte in Personen- und Kapitalgesellschaften betroffen – das ist eine hohe Zahl, die beinahe die Werte im Rekordjahr 2009 nach der Finanzkrise erreicht. Damals war die Zahl enorm hoch: Im Gesamtjahr waren 250 000 Beschäftigte betroffen.

Blicken wir etwas voraus: Welche weitere Entwicklung erwarten Sie?

Schauen wir uns dazu den Zeitverlauf an: Im Herbst 2021 hatten wir noch einen historischen Tiefststand der Unternehmensinsolvenzen. Seitdem steigen die Insolvenzen – mit einzelnen Unterbrechungen – wieder an. Besonders stark war der Anstieg im Frühjahr dieses Jahres. Den höchsten Wert haben wir im April verzeichnen müssen – dort war die Zahl der insolventen Personen- und Kapitalgesellschaften so hoch wie seit fast zehn Jahren nicht mehr. Diese Zahl wurde im Juli sogar nochmals leicht übertroffen.

Moment: Während der Corona-Pandemie gab es niedrigere Insolvenzzahlen als jetzt?

Ja, tatsächlich sind die Insolvenzzahlen während der Covid-Pandemie paradoxerweise in den Keller gegangen, obwohl unzählige Unternehmen wirtschaftliche Schwierigkeiten hatten. Das lag zwar auch an der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht für einige Monate. Der Hauptgrund für die niedrigen Zahlen in der Pandemie war aber die staatliche Unterstützung, das waren Zuschüsse und Kredite, vor allem auch das Kurzarbeitergeld, das viele Unternehmen am Leben erhalten hat, obwohl sie möglicherweise bereits vor der Pandemie angeschlagen waren. Studien zeigen, dass die Finanzhilfen in der Pandemie vor allem an schwache Unternehmen gegangen sind, und diese schwachen Unternehmen sind natürlich in der derzeitigen konjunkturellen Lage nochmals unter besonderem Druck. Das ist ein wesentlicher Grund dafür, dass die Insolvenzzahlen derzeit sehr hoch sind.

Zählen diese wirtschaftlichen Spätfolgen von Covid alleine als Ursachen für den Anstieg jetzt?

Nein. Es gibt auch einige weitere Faktoren. Aktuell haben Unternehmen mit steigenden Kosten für Löhne, Vorleistungsgüter und steigenden Kreditzinsen zu kämpfen. Gerade angeschlagene Unternehmen sind oft auf Kredite angewiesen, und hier spielen diese Kosten eine große Rolle. Weiterhin gibt es aktuell einen Strukturwandel in mehreren Branchen, beispielsweise in der Automobilbranche, der viele Zulieferer trifft.

Welche Erwartungen haben Sie, wie sich diese Faktoren entwickeln?

Erstens ist die konjunkturelle Situation in Deutschland schwierig, und die Institute gehen in ihren Prognosen nur von einem sehr geringen Wachstum in den kommenden Monaten aus. Zweitens die Leitzinsen der Europäischen Zentralbank (EZB): Werden diese gesenkt, sinken auch die Kosten für Kredite, und verschuldete Unternehmen bekommen etwas mehr Luft. Ob und wann hier weiter gesenkt wird, muss man abwarten.

Für den Fall, dass sich die Lage weiter ungünstig entwickelt: Welche Bereiche sind besonders bedroht?

Unsere Studien zeigen, dass vor allem junge Unternehmen einem hohen Risiko unterliegen. Denn hier ist das Geschäftsmodell oft noch nicht stabil. Hinsichtlich der Branchen ist eigentlich die gesamte Breite der Wirtschaft betroffen. Die Bau- und Immobilienbranche scheint noch etwas stärker betroffen zu sein – dieser Bereich blickt aber auf einige sehr gute Jahre zurück.

Welche Chancen haben Unternehmen mit Schwierigkeiten, die in eine Insolvenz schlittern?

Insolvenz bedeutet in der Regel die Schließung des Unternehmens. Manchmal können Unternehmen durch Verkauf oder Sanierung zumindest in Teilen erhalten werden. Das gelingt aber meist nur bei größeren Unternehmen. Große Unternehmen durchlaufen oft längere Sanierungs- und Restrukturierungsphasen, bevor es in eine Insolvenz geht. Kleine Unternehmen verschwinden eher kurzfristig und sang- und klanglos. Man kann davon ausgehen, dass weniger als zehn Prozent der Unternehmen eine Insolvenz zumindest für einige Jahre überleben und dass dies eher größeren Unternehmen gelingt. Für kleinere Unternehmen bedeutet die Insolvenz in der Regel das Aus.

Das klingt hart.

Ja, für die direkt betroffenen Unternehmer, Beschäftigten und Gläubiger ist das oft sehr hart. Als Wirtschaftswissenschaftler weiß ich aber, dass manche Geschäftsmodelle nicht am Markt bestehen können. Man muss also akzeptieren, dass Insolvenzen zur Wirtschaft dazugehören. Es gibt sie in besonders schlechten Zeiten und auch in guten Zeiten – oder eben in so einer mittleren Phase wie jetzt. Letztlich ist das Ausscheiden unproduktiver Unternehmen und die damit verbundene Umverteilung wertvoller ökonomischer Ressourcen – insbesondere der Fachkräfte – an bessere Unternehmen entscheidend für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Krisen können sich daher auch als reinigende Gewitter herausstellen.

Die Fragen stellte Wolfgang Sender. 

Meldungen



Visiting Fellowship an der Stanford University
IWH-Wissenschaftler und Forschungsgruppenleiter [Prof. Dr. Simon Wiederhold](#) ist ab dem 1. September 2024 für ein Jahr Visiting Fellow der [Hoover Institution an der Stanford University](#). Im Rahmen des Programms arbeitet Wiederhold zusammen mit [Prof. Dr. Eric A. Hanushek](#), einem der weltweit anerkanntesten Bildungsökonomien. In den Monaten März und April 2025 wird Wiederhold einen Forschungsaufenthalt an der Stanford University absolvieren



IWH-Doktorandin unter den Finalisten des Young Economist Prize

[Eleonora Sfrappini](#) aus der Abteilung Finanzmärkte gehört zu den zehn bestplatzierten Nachwuchswissenschaftlern, die die Europäische Zentralbank jedes Jahr mit dem [Young Economist Prize](#) auszeichnet. Doktoranden aus aller Welt waren aufgerufen, Paper zum Thema „Monetary policy in an era of transformation“ einzureichen. Sfrappini war diesem Aufruf mit ihrer Arbeit „Financial constraints and emission intensity“ gefolgt.
[Zum Video](#)



Auszeichnung für IWH-Doktorandin

[Annika Backes](#) aus der Abteilung Strukturwandel und Produktivität belegt den zweiten Platz beim [María Jesús San Segundo Award](#), der jährlich von der Asociación de Economía de la Educación (AEDE) der Universität Zaragoza an Doktoranden und PostDocs vergeben wird. Backes hatte ein Paper zum Thema „Neighbour effects on college-major choices“ eingereicht und erhält ein Preisgeld von 250 Euro.

Veranstaltungen



Montag, 17. und Dienstag, 18. Juni 2024, IWH, Halle (Saale)
IWH Workshop on Forecasting in Times of Structural Change and Uncertainty

The objective of this workshop was to foster deeper cooperation and networking among leading academic and policymaker scholars specialising in the field of economic forecasting, and to share knowledge, innovative methodologies, and cutting-edge research in order to enhance the precision of forecasts and, consequently, the quality of decision-making processes.



Donnerstag, 20. und Freitag, 21. Juni 2024, Central Bank of Malta

13th CompNet Annual Conference

The Competitiveness Research Network (CompNet), the Halle Institute for Economic Research (IWH) and the Central Bank of Malta have organised the 13th CompNet Annual Conference on "Competitiveness and Firm Productivity in a Disintegrating Global Economy". Keynote Speakers: [Gianmarco Ottaviano](#) (Bocconi University) and [Jonathan Haskel](#) (Imperial College London). [To the conference summary](#)



Donnerstag, 4. und Freitag, 5. Juli 2024, IWH, Halle (Saale)
14th Summer Conference in Regional Science of the German Speaking Section of the European Regional Science Association "Successful Transformation in Times of Multiple Crises"

We invited researchers to present and discuss their recent work on diverse challenges related to climate change, increasing geopolitical instabilities, digitisation/automation and demographic change. We discussed the links between these global challenges, the local or regional level, and the actors that influence and are affected by change.



Sonntag, 21. bis Freitag, 26. Juli 2024, Deutsche Bundesbank Konferenzzentrum, Eltville am Rhein

1st Frankfurt Summer School 2024

The Deutsche Bundesbank, the Leibniz Institute for Financial Research SAFE, the House of Finance, and the Halle Institute for Economic Research (IWH) with the support of the network "Challenges of the European monetary and financial order" have organised the first Frankfurt Summer School 2024.

Veranstaltungen



Donnerstag, 19. September 2024, IWH, Halle (Saale)

Policy Talk mit Jörg Dittrich

Der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, [Jörg Dittrich](#), war am 19. September bei uns zu Gast. Auf seinen Vortrag folgte eine Diskussion mit IWH-Präsident [Reint E. Gropp](#). Im Anschluss gab es Gelegenheit für Publikumsfragen.



UPCOMING: Mittwoch, 25. und Donnerstag, 26. September 2024, ESADE Business School, Barcelona

4th Finance and Productivity (FINPRO) Conference "Climate Shocks, Innovation, Financing, and Global Adaptation"

A conference jointly organised by the ESADE Business School, the European Central Bank (ECB), the European Bank for Reconstruction and Development (EBRD), the European Banking Association (EBA), the Competitiveness Research Network (CompNet) and the IWH.

Keynote Speakers: [Patrick Bolton](#) (Columbia Business School, Imperial College London) and [Mirabelle Muûls](#) (CEPR, Imperial College London).

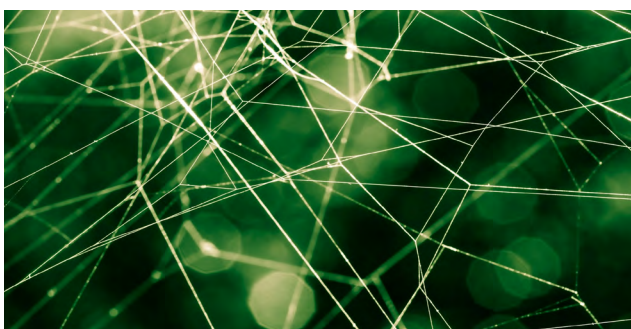


UPCOMING: Montag, 21. und Dienstag, 22. Oktober 2024, IWH, Halle (Saale)

10th IWH-FIN-FIRE Workshop on "Challenges to Financial Stability"

The IWH is organising a workshop on "Challenges to Financial Stability" on October 21st and 22nd, 2024, to be held in Halle (Saale). We are interested in attracting excellent theoretical and empirical papers from a broad range of financial economics and stability topics.

Keynote Speakers: [Erwan Morellec](#) (Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne) and [Josef Zechner](#) (Vienna University of Economics)



UPCOMING: Mittwoch, 23. Oktober 2024, IWH, Halle (Saale)

Second Annual PhD Research Workshop

On behalf of the network „Challenges to the European Monetary and Financial System (NEFI)“, the IWH is extremely pleased to host the Second Annual PhD Research Workshop on October 23, 2024. The network is a joint initiative of DIW Berlin, ESMT Berlin, ifo Institute, IMFS, IWH, SAFE and ZEW.

Veranstaltungen



UPCOMING: Donnerstag, 7. November 2024, ESMT Berlin **Berlin Science Week 2024**

Ein Experten-Dialog zum Thema „Welche Reformen braucht die deutsche Wirtschaft, um wieder erfolgreich zu sein?“ mit [Reint E. Gropp](#) (IWH) und [Jörg Rocholl](#) (ESMT Berlin) im Rahmen der Berlin Science Week 2024.



UPCOMING: Montag, 25. und Dienstag, 26. November 2024, IWH, Halle (Saale)

25th IWH-CIREQ-GW-BOKERI Macroeconomic Workshop: International Macroeconomics

The workshop serves as a forum for the discussion of recent advancements in empirical and applied macroeconomic modelling, aiming to connect academic researchers and practitioners. We invite submissions of both applied and theoretical papers addressing time series and broad macroeconomic subjects.

[Gabriel Felbermayr](#) (Austrian Institute of Economic Research) and [Jesper Lindé](#) (International Monetary Fund)



UPCOMING: Mittwoch, 27. und Donnerstag, 28. November 2024, Mönchengladbach, Haus Erholung

Tagung zum Strukturwandel in den Braunkohlerevieren: Transformationsregionen als Ressource

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) lädt gemeinsam mit der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen (RWTH), der Stadt Mönchengladbach, der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU), dem IWH, der Zukunftsagentur Rheinisches Revier und dem Institut für Strukturwandel und Nachhaltigkeit (HALIS) am 27. und 28. November 2024 zur zweiten Auflage der transdisziplinären Tagung „Strukturwandel in den Braunkohlerevieren“ nach Mönchengladbach ein.

Publikationen

Journal of Financial Economics

The Labor Effects of Judicial Bias in Bankruptcy

A. Araujo, R. Ferreira, S. Lagaras, F. Moraes, J. Ponticelli, Margarita Tsoutsoura

>>We study the effect of judicial bias favoring firm continuation in bankruptcy on the labor market outcomes of employees by exploiting the random assignment of cases across courts in the State of São Paulo in Brazil. ...<<

Journal of Political Economy

Can Mentoring Alleviate Family Disadvantage in Adolescence? A Field Experiment to Improve Labor Market Prospects

S. Resnjanskij, J. Ruhose, K. Wedel, Simon Wiederhold, L. Woessmann

>>We study a mentoring program that aims to improve the labor market prospects of disadvantaged adolescents. Our randomized controlled trial investigates its effectiveness on three outcomes highly predictive of later labor market success: math grades, patience/social skills, and labor market orientation. ...<<

Journal of Corporate Finance

Cultural Norms and Corporate Fraud: Evidence from the Volkswagen Scandal

Iftekhar Hasan, Felix Noth, Lena Tonzer

>>We examine a corporate governance role of local culture via its impact on consumer behavior following corporate scandals. Our proxy for culture is the presence of local Protestantism. Exploiting the unexpected nature of the Volkswagen (VW) diesel scandal in September 2015, we show that new registrations of VW cars decline significantly in German counties with a Protestant majority following the VW scandal. ...<<

Journal of Financial and Quantitative Analysis

Supranational Rules, National Discretion: Increasing versus Inflating Regulatory Bank Capital?

Reint E. Gropp, T. Mosk, S. Ongena, I. Simac, C. Wix

>>We study how banks use “regulatory adjustments” to inflate their regulatory capital ratios and whether this depends on forbearance on the part of national authorities. Using the 2011 EBA capital exercise as a quasi-natural experiment, we find that banks substantially inflated their levels of regulatory capital via a reduction in regulatory adjustments. ...<<

Journal of Monetary Economics

Understanding Post-Covid Inflation Dynamics

M. Harding, J. Lindé, Mathias Trabandt

>>We propose a macroeconomic model with a nonlinear Phillips curve that has a flat slope when inflationary pressures are subdued and steepens when inflationary pressures are elevated. The nonlinear Phillips curve in our model arises due to a quasi-kinked demand schedule for goods produced by firms. ...<<

The Review of Economics and Statistics

Tracking Weekly State-Level Economic Conditions

Christiane Baumeister, D. Leiva-León, E. Sims

>>This paper develops a novel dataset of weekly economic conditions indices for the 50 U.S. states going back to 1987 based on mixed-frequency dynamic factor models with weekly, monthly, and quarterly variables that cover multiple dimensions of state economies. ...<<

Publikationen

Cambridge Journal of Regions, Economy and Society

Are Rural Firms Left Behind? Firm Location and Perceived Job Attractiveness of High-skilled Workers

Matthias Brachert, Sabrina Jeworrek

>>We conduct a discrete choice experiment to investigate how the location of a firm in a rural or urban region affects the perceived job attractiveness for university students and graduates and, therewith, contributes to the rural-urban divide. ...<<

ILR Review

Organized Labor, Labor Market Imperfections, and Employer Wage Premia

S. Dobbelaere, Boris Hirsch, Steffen Müller, G. Neuschäffer

>>This article examines how collective bargaining through unions and workplace codetermination through works councils relate to labor market imperfections and how labor market imperfections relate to employer wage premia. ...<<

International Journal of Industrial Organization

Labor Market Power and Between-Firm Wage (In)Equality

Matthias Mertens

>>I study how labor market power affects firm wage differences using German manufacturing sector firm-level data (1995-2016). In past decades, labor market power increasingly moderated rising between-firm wage differences. This is because high-paying firms possess high and increasing labor market power and pay wages below competitive levels, whereas low-wage firms pay competitive or even above competitive wages. ...<<

Journal of Banking and Finance

Short-selling Threats and Bank Risk-taking: Evidence from the Financial Crisis

D. G. Bui, Iftekhar Hasan, C.-Y. Lin, H. T. Nguyen

>>The focus of this paper is whether the Securities and Exchange Commission's Regulation SHO strengthens or weakens the effect of short-selling threats on banks' risk-taking. The evidence shows that pilot banks with looser constraints on short-selling increased their risk-taking during the financial crisis of 2007-2009. ...<<

Diskussionspapiere

IWH-Diskussionspapiere Nr. 17/2024

Environmental Incidents and Sustainability Pricing

Huyen Nguyen, Sochima Uzonwanne

IWH-Diskussionspapiere Nr. 18/2024

Optimal Monetary Policy in a Two-sector Environmental DSGE Model

Oliver Holtemöller, Alessandro Sardone

Diskussionspapiere

IWH-Diskussionspapiere Nr. 19/2024

The Contribution of Employer Changes to Aggregate Wage Mobility

Nils Torben Hollandt, Steffen Müller

IWH-Diskussionspapiere Nr. 20/2024

Climate Policy and International Capital Reallocation

Marius Fourné, Xiang Li

Pressemitteilungen

IWH-Pressemitteilung 18/2024

IWH: Sechs-Punkte-Plan zur grünen Transformation

>>Die Politik sollte die richtigen Leitplanken setzen, damit Preisanreize eine effiziente und kostengünstige Energiewende ermöglichen. Das fordern Reint Gropp und Oliver Holtemöller, Präsident und Vizepräsident des IWH, in einem heute veröffentlichten Strategiepapier zur grünen Transformation. ...<<

IWH-Pressemitteilung 19/2024

Sachsen-Anhalts Mittelstand weiter in konjunktureller Schwächephase

>>Die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt befindet sich weiterhin im Abschwung. Die Stimmungslage der mittelständischen Unternehmen hat sich im Frühjahr 2024 weiter verschlechtert. Das geht aus der gemeinsamen Umfrage von Creditreform und IWH hervor, an der sich rund 430 Unternehmen aus Sachsen-Anhalt beteiligten. ...<<

IWH-Pressemitteilung 20/2024

IWH erneut für vier Jahre in die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose berufen

>>Das IWH erstellt gemeinsam mit anderen Instituten für vier weitere Jahre die Gemeinschaftsdiagnose – eine halbjährliche Analyse und Prognose der wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Wie das Institut heute in Halle mitgeteilt hat, wurde ihm seitens der Bundesregierung ein entsprechender Auftrag bis Mitte 2028 erteilt. ...<<

IWH-Pressemitteilung 21/2024

Ausgebildet in Halle für Top-Arbeitgeber weltweit

>>>Das IWH hat heute bekanntgegeben, dass drei seiner bisherigen Doktoranden bedeutende Positionen in angesehenen internationalen Forschungseinrichtungen erlangt haben. ...<<

IWH-Pressemitteilung 22/2024

IWH-Insolvenztrend: Zahl der Firmenpleiten geht im Juni erneut zurück

>>Die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften ist im Juni zum zweiten Mal in Folge gesunken. Wie das IWH mitteilt, sei die weitere Entwicklung des Insolvenzgeschehens im Sommer jedoch mit Unsicherheit behaftet. ...<<

Pressemitteilungen

IWH-Pressemitteilung 23/2024

IWH-Insolvenztrend: Insolvenzzahlen erreichen im Juli Rekordwerte

>>Wie das IWH in einer heute veröffentlichten Analyse festgestellt hat, ist die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften in Deutschland im Juli überraschend deutlich angestiegen. Besonders viele Insolvenzen gab es im Verarbeitenden Gewerbe. ...<<

IWH-Pressemitteilung 24/2024

Konjunktur aktuell: Moderate Expansion in der Welt – Deutschland weiter in der Stagnation

>>In Deutschland stagniert die Produktion seit nunmehr zwei Jahren in etwa auf dem Niveau von kurz vor Ausbruch der Pandemie. Besonders schwach sind die Unternehmensinvestitionen. Dass weniger Investitionen als vor der Pandemie getätigt werden, dürfte zu einem Gutteil am schleppenden Exportgeschäft liegen. Auch die privaten Haushalte halten sich beim Konsum zurück, wohl vor allem aufgrund von Sorgen um die längerfristigen wirtschaftlichen Aussichten. ...<<

IWH-Pressemitteilung 25/2024

IWH-Insolvenztrend: Zahl der Firmenpleiten im August leicht gesunken

>>Wie das IWH in einer heute veröffentlichten Analyse feststellt, ist die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften in Deutschland im August zwar leicht zurückgegangen. Dennoch liegt der Wert deutlich höher als vor der Corona-Pandemie. Besonders viele Insolvenzen gab es in Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen. ...<<

Das IWH in den Medien

Oliver Holtemöller: Bericht: „[The German far right and the scars of reunification](#)“

in: Financial Times, 06.09.2024

Oliver Holtemöller: Bericht: „[Diese drei Sektoren halten die deutsche Wirtschaft in der Krise](#)“

in: Handelsblatt, 05.09.2024

Reint Gropp: Interview: „[Die Wirtschaftslage erklärt die AfD-Wahlerfolge im Osten nicht](#)“

in: Capital, 05.09.2024

Reint Gropp: Interview: „[Warum Populisten im Osten so erfolgreich sind](#)“

in: Deutschlandfunk, 02.09.2024

Reint Gropp: Bericht: „[Warum die Beschäftigung trotz Dauerkrise der Wirtschaft steigt](#)“

in: Handelsblatt, 30.08.2024

Steffen Müller: Bericht: „[Seht her, der Osten lebt!](#)“

in: Wirtschaftswoche, 26.08.2024

Oliver Holtemöller: Bericht: „[Geld, Schule, Frieden: Fakt ist! im Faktencheck](#)“

in: tagesschau.de, 23.08.2024

Das IWH in den Medien

Reint Gropp: Interview: „Tesla, Intel und TSMC werden das Problem nicht lösen“
in: Der Spiegel, 22.08.2024

Reint Gropp: Interview: „Chipfabrik in Dresden kritisch betrachtet“
in: Phoenix, 20.08.24

Oliver Holtemöller: Bericht: „Vor allem junge Menschen, Frauen und Ausländer verlassen Ostdeutschland – Experten warnen vor Folgen“
in: Deutschlandfunk, 20.08.2024

Oliver Holtemöller: Bericht: „Diese Auswirkungen haben die Hitzerekorde für die Wirtschaft“
in: Wirtschaftswoche, 18.08.2024

Steffen Müller: Bericht: „Wirtschaftsforscher registrieren meiste Firmenpleiten seit zehn Jahren“
in: Die Zeit, 08.08.2024

Steffen Müller: Bericht: „Steuerrabatt für mehr Zuwanderung: Darf man ausländische Fachkräfte steuerlich bevorzugen?“
in: Tagesspiegel, 30.07.2024

Steffen Müller: Bericht: „Depot, Esprit und Galeria – gibt es immer mehr Insolvenzen?“
in: Deutschlandfunk, 19.07.2024

Oliver Holtemöller: Bericht: „Ist der Osten die ‚Wachstumslokomotive‘ Deutschlands?“
in: tagesschau.de, 10.07.2024

Oliver Holtemöller: Bericht: „Mehr China, weniger USA? Ökonomen warnen vor neuem AfD-Kurs“
in: Handelsblatt, 29.06.2024

Reint Gropp: Interview: „Alles wieder so idyllisch wie in den 50ern? Das ist ein unerfüllbares Versprechen“
in: Die Welt, 28.06.2024

Oliver Holtemöller: Faktencheck: „Ostdeutsche Wirtschaft in Europa mindestens in oberer Hälfte“
in: Mitteldeutscher Rundfunk, 26.06.2024

IWH: Interview: „Pandemie-Kommission holt weitere Experten dazu“
in: Die Zeit, 23.06.2024

Oliver Holtemöller: Bericht: „Bundesregierung lässt sich für vier weitere Jahre von führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten beraten“
in: n-tv.de, 20.06.2024

Reint Gropp und Oliver Holtemöller: Gastbeitrag: „Ein Plan zur grünen Transformation“
in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.06.2024

Oliver Holtemöller: Bericht: „Die UEFA kassiert – Deutschland bezahlt“
in: Mitteldeutscher Rundfunk, 15.06.2024

Personalien



Dr. Theresa Neef forscht seit September in der Abteilung Strukturwandel und Produktivität zu Verteilungsfragen, insbesondere zwischen Einkommensgruppen, Gender und Ost- und Westdeutschen. Gleichzeitig führt sie ihre Rolle als Gender-Koordinatorin des World Inequality Lab fort. Ihre Promotion schloss Theresa Neef 2024 an der Freien Universität Berlin ab und arbeitete danach am DIW Berlin.



Die IWH-Bibliothek wird seit Anfang September unterstützt von **Daphne Liebscher**, die als Auszubildende zur Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste dort ihre Arbeit aufgenommen hat. Zuvor hat Daphne Liebscher Technisches Informationsdesign an der Hochschule Merseburg studiert.



Als Auszubildende zur Kauffrau für Büromanagement verstärkt **Loreen Soder** seit August das Team Finanzen in der Verwaltung. Zuvor hat sie einen Bachelor in Business Economics an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg erworben.



Seit Anfang August verstärkt **Patrick Nüß** die Abteilung Strukturwandel und Produktivität. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit den Ursachen von Ungleichheit am Arbeitsmarkt. Seine Promotion schloss er an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ab und war danach sowohl dort als auch bei der Hans-Böckler-Stiftung als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig.

Personalien



Seit Juli ist Professor [Ofer Eldar](#) IWH Research Fellow in der Abteilung Gesetzgebung, Regulierung und Faktormärkte. Er ist Professor an der UC Berkeley School of Law, wo er zu den Themen Unternehmensführung, Unternehmensfinanzierung sowie Recht und Wirtschaft forscht. Ofer Eldar hat zuvor an der Duke University School of Law gelehrt und an der Yale University promoviert.

Verstorben

Das IWH trauert um seinen ehemaligen Leiter der Abteilung Makroökonomik, [Professor Dr. Udo Ludwig](#). Er starb Anfang September 2024 in seinem 82. Lebensjahr in Halle. Udo Ludwig war 1992 einer der ersten Wissenschaftler am Institut und hat die Konjunkturforschung am IWH maßgeblich geprägt. Er erreichte es, dass das IWH schon wenige Jahre nach seiner Gründung zur Gemeinschaftsdiagnose der führenden wirtschaftswissenschaftlichen Institute eingeladen wurde. Das Institut wird ihn in dankbarer Erinnerung behalten.





Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion:

Denise Dörries, M.A.
Layout und Satz: Ingrid Dede
Tel +49 345 7753 738/721
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: Denise.Doerries@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: vier Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © Tim Simon @tim_si –
unsplash.com

Wirtschaft im Wandel, 30. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. September 2024

ISSN 2194-2129

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird in
unseren Beiträgen eine geschlechtsspezifische
Differenzierung nicht durchgehend berücksichtigt.
Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der
Gleichbehandlung für alle Geschlechter.



Das IWH wird von Bund und Ländern gefördert.